

27.01.2005  
Staatskanzlei

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

## **Ministerpräsident Beck: Mit Gedenkarbeit Demokratie stärken**

„Wir haben eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass wir uns immer an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnern.“ Dies sagte Ministerpräsident Kurt Beck bei einer Veranstaltung des rheinland-pfälzischen Landtags am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Auch 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz falle es schwer, das Leid, den Schmerz und die Erniedrigung der Opfer mit Worten zu beschreiben. Auschwitz stehe als Symbol für Menschenverachtung und Völkermord und sei der tiefste Punkt in der deutschen Geschichte.

„Es darf keinen Schlussstrich geben. Es geht darum, mit Gedenkarbeit unsere Demokratie zu stärken und vor Gefahren zu schützen, besonders vor rechtsextremen Wortführern.“ Ministerpräsident Beck zeigte sich bestürzt über die Vorgänge im sächsischen Landtag und betonte, dass Nazi-Propaganda in einem deutschen Parlament nichts zu suchen habe. „Wir müssen vor allem junge Menschen anregen, über das dunkelste Kapitel der deutschen Vergangenheit nachzudenken. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie wir mit zunehmendem zeitlichen Abstand das Wissen um die NS-Zeit so vermitteln können, dass es bei der jungen Generation ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung schafft.“

Rheinland-Pfalz widme der Gedenkarbeit und persönlichen Begegnungen besondere Aufmerksamkeit. In diesem Sinne leiste beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung engagierte, sensible Arbeit. Die Gedenkstätten im ehemaligen KZ Osthofen sowie im SS-Sonderlager/KZ Hinzert würden von immer mehr Menschen, zunehmend auch von Jugendgruppen und Schulklassen, als Ort der politischen Bildung wahrgenommen.

Im vergangenen Jahr sei im Beisein von diplomatischen Vertretern aus Frankreich, Luxemburg und Polen der erste Spatenstich für die Errichtung eines Dokumentations- und Begegnungshauses in Hinzert erfolgt, wo verstärkt internationale Jugendbegegnungen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus West- und Osteuropa durchgeführt werden sollen.

Ministerpräsident Beck dankte in diesem Zusammenhang allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Gedenkarbeit einsetzen oder Begegnungen mit jüdischen Bürgerinnen und Bürgern organisieren. Ihr Engagement sei ein Zeichen der Hoffnung bei allem Entsetzen und Schrecken, die vom 27. Januar ausgehen. Beck zeigte sich deshalb auch zuversichtlich, dass jede Generation eigene Formen und Wege des Erinnerns finden werde.

„Wir haben eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass wir uns immer an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnern.“ Dies sagte Ministerpräsident Kurt Beck bei einer Veranstaltung des rheinland-pfälzischen Landtags am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Auch 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz falle es schwer, das Leid, den Schmerz und die Erniedrigung der Opfer mit Worten zu beschreiben. Auschwitz stehe als Symbol für Menschenverachtung und Völkermord und sei der tiefste Punkt in der deutschen Geschichte.

„Es darf keinen Schlusstrich geben. Es geht darum, mit Gedenkarbeit unsere Demokratie zu stärken und vor Gefahren zu schützen, besonders vor rechtsextremen Wortführern.“ Ministerpräsident Beck zeigte sich bestürzt über die Vorgänge im sächsischen Landtag und betonte, dass Nazi-Propaganda in einem deutschen Parlament nichts zu suchen habe. „Wir müssen vor allem junge Menschen anregen, über das dunkelste Kapitel der deutschen Vergangenheit nachzudenken. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie wir mit zunehmendem zeitlichen Abstand das Wissen um die NS-Zeit so vermitteln können, dass es bei der jungen Generation ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung schafft.“

Rheinland-Pfalz widme der Gedenkarbeit und persönlichen Begegnungen besondere Aufmerksamkeit. In diesem Sinne leiste beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung engagierte, sensible Arbeit. Die Gedenkstätten im ehemaligen KZ Osthofen sowie im SS-Sonderlager/KZ Hinzert würden von immer mehr Menschen, zunehmend auch von Jugendgruppen und Schulklassen, als Ort der politischen Bildung wahrgenommen.

Im vergangenen Jahr sei im Beisein von diplomatischen Vertretern aus Frankreich, Luxemburg und Polen der erste Spatenstich für die Errichtung eines Dokumentations- und Begegnungshauses in Hinzert erfolgt, wo verstärkt internationale Jugendbegegnungen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus West- und Osteuropa durchgeführt werden sollen.

Ministerpräsident Beck dankte in diesem Zusammenhang allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Gedenkarbeit einsetzen oder Begegnungen mit jüdischen Bürgerinnen und Bürgern organisieren. Ihr Engagement sei ein Zeichen der Hoffnung bei allem Entsetzen und Schrecken, die vom 27. Januar ausgehen. Beck zeigte sich deshalb auch zuversichtlich, dass jede Generation eigene Formen und Wege des Erinnerns finden werde.